

Sachdokumentation:

Signatur: DS 3228

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/3228



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



Die Schweiz im Jahr 2021

Keine Diktatur – wirklich nicht?

Von Andreas Glarner, Nationalrat, Oberwil-Lieli AG

Ein Aufschrei der Empörung ging durch das Land. Alt Bundesrat Christoph Blocher, seine Tochter Nationalrätin Magdalena Martullo-Blocher, Fraktionschef Thomas Aeschi und auch Weltwoche-Verleger und Nationalrat Roger Köppel hatten sich getraut, das Wort «Diktatur» in den Mund zu nehmen – ja, es gar offen auszusprechen. Zugegeben: Es ist ein starkes Stück, dem Bundesrat oder allenfalls einzelnen seiner Mitglieder «Diktatur» vorzuwerfen.

Doch was bedeutet denn «Diktatur» nun wirklich? Gemäss Duden ist «Diktatur» ein «autoritärer Zwang, den eine Einzelperson, eine Gruppe oder Institution auf andere ausübt».

Anmassung und Widersprüche

Schauen wir uns die Zustände in unserem Land genauer an, so kommen wir doch unwillkürlich zum Schluss, dass hier eine Gruppe (Bundesrat) einen autoritären Zwang auf andere (Volk) ausübt. Denn, wie ist es sonst zu erklären, dass der Bundesrat trotz der klaren Willensäusserung von zwei gewichtigen Kommissionen, trotz einer Petition mit über 250'000 Unterschriften, trotz klarer Äusserungen der Mehrheit der Kantone anlässlich von Anhörungen, trotz massivster Proteste aus diversen Branchen und trotz erbittertem Widerstand der grössten politischen Partei dieses Landes Massnahmen durchzieht, als sei nichts gewesen?

Massnahmen notabene, die nun wirklich niemand nachvollziehen kann. Wieso sollen Bordelle geöffnet, Buchhandlungen dafür geschlossen bleiben? Wieso darf man sich nun zu zehnt zuhause ohne jeden Mindestabstand treffen – aber nicht zu viert im Restaurant mit Abstand, Schutzkonzept und Erfassung der Daten?

Wohlverstanden: Die Bekämpfung der Pandemie hat Priorität – aber die Medizin darf doch nicht schlimmer als die Krankheit sein. Buchstäblich zehntausenden Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes wird alles, was sie in Jahrzehnten aufgebaut haben, weggenommen. Ganz abgesehen von den enormen Bildungsdefiziten unserer Kinder und den psychischen Schäden, welche das Wegsperrn und Isolieren unserer Kinder und Mitmenschen zur Folge haben werden.

Versagen und Versager

Das Komplettersagen des Bundesamts für Gesundheit und des dafür Verantwortlichen, Bundesrat Alain Berset, wird von den Medien höflich kleingeredet. Und dies, obwohl die Liste der Versäumnisse und der Pannen seines Departements nicht länger sein könnte. Denn seit Beginn der Pandemie läuft im BAG nun wirklich alles schief, was nur schiefgehen kann.

Stünde ein SVP-ler diesem Departement vor, so würden sich die Medien mit Rücktrittsforderungen überbieten. Die Zeitungen des Landes würden nach den grössten Lettern suchen, um unsere Bundesräte abzusagen. Doch statt den Pannen im BAG wird lobend erwähnt, dass dessen neue Chefin Frauen fördern und die Hundehaltung im Büro erlauben will. Nur Zufall, dass sie selbst einen Hund hat, den sie täglich ins Büro mitschleppt ...

Wehret den Anfängen

Wir sind wahrlich in einer milderen Form der Diktatur angekommen. Natürlich sind die Zustände nie so schlimm, wie in Ländern mit einer herkömmlichen Diktatur. Aber das waren sie dort auch nicht – bevor die falschen Kräfte Überhand bekamen. Wehren wir uns deshalb laut und vernehmlich – damit wir in Zukunft wieder selbst über unser Leben bestimmen können!

Denn wir dürfen nie vergessen: Nicht die Bürger und Unternehmer müssen die Wiedererlangung ihrer Freiheiten und Grundrechte begründen – sondern der Bundesrat muss rechtfertigen, warum er uns diese noch immer vorenthält!

Andreas Glarner